

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspille oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Kellern 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld W. Thienes, Greif-
wald G. Illies. Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens,
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Deutschland.

Berlin, 1. April. Der Zentralvorstand der
nationalliberalen Partei veröffentlicht folgende
Ansprache:

Berlin, 23. März 1892.

Der Zentralvorstand der nationalliberalen
Partei hat sich heute auf Grund des neuen
Statuts vom 20. Januar 1892 konstituiert und
fordert die Parteigenossen auf, überall auch die
Organisation in den Einzelstaaten, Provinzen, so-
wie in den Kreisen zum Abschluss zu bringen;
denn fester Zusammenschluss und ununterbrochene
politische Tätigkeit und Wachsamkeit ist dringend
geboten.

Unsere Partei vollendet heute das erste
Vierteljahrhundert ihres Bestehens. Mit Be-
friedigung darf sie dieser, an Kämpfen und Er-
folgen reichen Vergangenheit gedenken. Stets
bestrebt, die schwer errungene Einigung des Vater-
landes zu kräftigen, ist sie jedem unbedingten
Partikularismus nachdrücklich entgegen getreten.
Getreu ihren liberalen Grundbüssen, hat sie in
entscheidender Weise mitgewirkt, die Rechte des
Volkes und seiner Vertretungen gesetzlich zu
sichern und kräftig zu wahren, sowie die Selbst-
verwaltung in Provinz, Kreis und Gemeinde zu
entwickeln. Sie hat nie geögert, die freiheit-
lichen Ergründungen, wo Gefahr drohte, zu
verteidigen; noch in neuester Zeit wieder hat sie
durch ihre einmütige, ausdauernde Haltung
gegenüber den auf eine Umgestaltung des Volks-
schulwesens in Preußen gerichteten, gefährlichen
Bestrebungen beharrt.

Festen und selbstständigen Sinnes, geist
und unerschrocken treten wir auch heute für
die großen vaterländischen Interessen, für unsere
liberalen Ueberzeugungen, für die hohen geistigen
Güter der Nation, wie für Schutz und Förderung
des wirtschaftlichen Lebens; — in alter Treue
zu Kaiser und Reich!

Zum Gedächtnis unserer bisherigen und zur
Befestigung unserer künftigen Gemeinschaft im
Verbande der nationalliberalen Partei haben wir
in Aussicht genommen, am 22. Mai d. J. in
Eisenach ein allgemeines Parteitag, über dessen
Einzelheiten noch nähere Mitteilung erfolgt, zu
veranstalten, wozu alle Parteigenossen im Reich
hiermit freundlich eingeladen werden.
Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei.
Dobersch.

— In der Petitionskommission des Ab-
geordnetenhauses kam heute eine Petition der
„Vereinigung der Steuer- und Wirtschafts-
Reformer“ zur Verhandlung, welche durch Graf
Mitsch-Sorquitten überreicht ist. Es werden
folgende Forderungen gestellt: 1. Initiative des
deutschen Reiches zur internationalen Wiederher-
stellung des Silbers zum Münzmetall; 2. Befreiung
der ländlichen Arbeiterverhältnisse durch a) Revision
des Gesetzes über den Unterhaltungswohlfahrt und
des Gesetzes über die Freigabezeit; b) Beschäfti-
gung ländlicher Arbeiter durch Begünstigung
der Errichtung kleiner Rentengüter von Seiten
der Generalgutsbesitzer; c) unbeschränkte Zu-
lassung von Arbeitern aus Nachbarstaaten; d)
Stellung des Kontraktbros unter das Straf-
gesetz; 3. Erleichterung des Verkehrs durch
a) Ermäßigung der Frachtpreise auf den bestbe-
dienenden Staatsbahnen für Massentransporte auf weite
Entfernung; b) Ausbau des Eisenbahn- und
Straßennetzes — besonders in den vorwiegend
ackerbaubereichen Landesteilen; c) Erleichterung
des Güterverkehrs und der Konzeptionsverlängerung
für öffentliche Verkehrswege; 4. Befreiung der
Doppelbesteuerung in Preußen durch Suspension
der Grund- und Gebäudesteuer; 5. Mögliche
Beschränkung des zum Verderben der Landwirth-
schaft immer mehr überhandnehmenden Wölfen-
Differenzspiels in den Erzeugnissen der Land-
wirthschaft, unter gleichzeitiger Anerkennung des
wirtschaftlich berechtigten Terminhandels.
Die Kommission empfiehlt dem Plenum Ueber-
gang zur Tagesordnung über alle Forderungen.
Mit Ausnahme der Ermäßigung der Frachtpreise
für Massentransporte auf weite Entfernung.
Diese Petition wird zur Erwägung empfohlen.

— Die „Domb. Nachr.“ lätet die Be-
hauptung aufgestellt, zur Zeit des Ministeriums
Roon sei der Versuch gemacht worden, den Fürsten
Bismarck bei Kaiser Wilhelm als „Feind der
Armee“ zu verächtigen. Die Wäandener „Allg.
Ztg.“ glaubt das bestätigen zu können, sie schreibt:
„Wir möchten bemerken, daß kein Ereignis
als der verstorbenen Feldmarschall v. Manteuffel
seinerzeit, wohl um die Mitte der siebziger Jahre,
angeführt wurde, seinen Einfluß bei dem hoch-
seligen Kaiser Wilhelm gegen den „Gegner der
Armee“ geltend zu machen. In der ihm eigenen
offenen und ritterlichen Art lehnte Manteuffel
dies nicht nur ab, sondern machte dem Fürsten
Bismarck Mitteilung von diesem runderlichen
Anfassen, welches aus dem Munde eines neu-
dienstlichen hohen Militärs an ihn gerichtet
worden sein soll, der somit jenen Beziehungen
näher gestanden zu haben scheint.“

— Gegenüber der Art, wie von mancher
Seite in tendenziöser Weise die Verurteilung von
Besorgnissen wegen Rückgang des deutschen Ex-
ports nach Rumänien mit Hinweis auf den
deutsch-österreichischen Handelsvertrag verknüpft
wird, als ob man österreichisch-ungarischerseits
aus Kosten Deutschlands Vorteile aus dem ver-
tragelassen deutsch-rumänischen Zustand ziehe oder
zu ziehen beabsichtige, ist es von Interesse, aus
Brieten, die uns aus Österreich zukommen, zu
entnehmen, daß man es dort gern sehen möchte,
wenn je eher, je lieber Rumänien sowohl mit
Deutschland als mit Österreich-Ungarn in ein
Handelsvertragsverhältnis treten würde. Wer
aber die Geschichte der österreichisch-rumänischen
handelspolitischen Beziehungen kennt, wird wissen,
auf welcher Seite die Schuld liegt, wenn es un-
geachtet wiederholter Anregungen noch immer
nicht zur Wiederaufnahme der österreichisch-rumä-
nischen Vertragsverhandlungen gekommen ist, und
daß sich die Schwierigkeiten jedesmal, wenn man
der Angelegenheit näher treten wollte, aus der
Regelung der Veterinärverhältnisse ergeben haben,
wie ja auch diese Regelung, nicht bloß im
österreichischen Interesse gelegen ist, die Haupt-
schwierigkeit der österreichisch-serbischen Handels-
vertragsverhandlungen bildet.

— Das königlich sächsische Ministerium des
Inneren hat eine Verordnung erlassen, durch
welche die vor dem Schächten zu bewirkende
Bekämpfung der Schachtdiebstahl allgemein vorge-
schrieben wird. Vor dem Erlaß dieser Verord-
nung hat das Ministerium eine große Reihe von

Gutachten eingeholt; wie das „Dresdner
Journal“ mittheilt, haben sich die Berichterstatter
fast einstimmig mit dem Entwurfe einverstanden
erklärt, und von einer großen Zahl derselben ist
dabei zugleich betont worden, daß an dem Er-
fordernisse der vorherigen Bekämpfung auch bei
den mittels des sogenannten Schächters auszu-
führenden sächsischen Schächten festzuhalten sei.
Auf die Frage, ob das Schächten wirklich auf
rituellen Vorschriften oder bloß auf langjährigem
Gebrauche beruhe — eine Frage, welche insofern
nicht zweifellos ist, als thatsächlich viele Ange-
hörigen der jüdischen Religion sich durchaus keine
Scheitel machen, Fleisch von nicht geschächten
Thieren zu genießen, und ebenso auf die weitere
Frage, ob aus rituellen Gründen das Schächten
nicht auch nach vorheriger Bekämpfung auszu-
führen werden könne, hat das Ministerium des Inneren,
aus nicht zu seiner Kompetenz gehörig, nicht
eingehen zu sollen geglaubt. Wohl aber hat es
sich sagen müssen, daß auch eine rituelle Vor-
schrift eine rituelle Gewohnheit dann keinen
Anspruch auf Beachtung machen kann, wenn sie
mit der auch den Thierkörper umfassenden Moral
im Widerspruch steht. Es mag ja sein, daß die
unmittelbare Operation des Schächters, d. h. das
Durchschneiden des Halses, wenn es mit Ge-
schwindigkeit geschieht, dem Thiere nicht größeren
Schmerz verursacht als der zum Zwecke der Be-
kämpfung auszuführende Schlag. Die Manipula-
tionen aber, welche dem Schächten vorausgehen
müssen und ziemlich lange Zeit beanspruchen,
das Fesseln und Niederwerfen des Thieres, das
Umdrehen und das gewaltsame Strecken des
Halses u. s. w., wie aus mehreren der vorliegen-
den, aus genauer, auf Augenchein beruhender
Kenntnis herorgegangenen Gutachten zu ent-
nehmen gewesen ist, von der Art, daß sie dem
Thiere — ganz abgesehen von der durch den
Verblutungsstich ohne vorherige Bekämpfung her-
vorgehenden inneren Verletzung — große
Qual verursachen und den Zuschauer höchst
peinlich berühren, ja, wie ich einer der Bericht-
erstatter ausdrückt, mit Abscheu erfüllen. Ein
mit den Anforderungen der Humanität so wenig
vereinbares Verfahren, dessen Vertheidigung sich
nur durch das Alter seines Bestehens erklären
läßt, kann seinen Grund nur in wandelbaren
Menschenansichten haben und daher den Anfor-
derungen der Gerechtigkeit gegenüber nicht länger halt-
bar. Aus diesem Grunde hat die jüngst erlassene
Verordnung von der allgemeinen Vorschrift des
vorherigen Bekämpfens des Schächters auch für
die sächsischen Schächten keine Ausnahme
machen zu dürfen geglaubt.

Leipzig, 1. April. Die 1832 hierseits
gegründete Gustav-Adolf-Stiftung zählt zur Zeit
44 Hauptvereine mit 1781 Zweigvereinen und
429 Frauenvereinen. Im Ganzen sind seit der
Gründung des Vereins bis jetzt 3324 be-
dürftige Gemeinden mit 21,158,636 Mark
Kirchen- und Schulzwecke unterstützt worden.
Unter den Vermächtnissen ist das bedeutendste
das des Oberamtmanns Schloßwerder zu Krieg
mit 90,000 Mark gewesen. Die jährlichen Un-
terstützungen sind seit 1844 von 72,774 Mark
auf 90,445 Mark gestiegen.

Stuttgart, 1. April. Heute ist hier der
General Jaromir v. Gleich gestorben. Er war
bis vor Kurzem Kommandant von Stuttgart und
vorher Kommandeur der 26. Kavallerie-Brigade.

Karlsruhe, 1. April. (W. T. Z.) In
dem Befinden des Großherzogs ist keine wesent-
liche Veränderung eingetreten. Der Großherzog
verließ indessen heute Nachmittag auf kurze Zeit
das Bett und empfing den Besuch Sr. I. d.
des Prinzen von Preußen, welcher sodann nach
Baden-Baden zurückkehrte.

Österreich-Ungarn.

Wien, 1. April. (W. T. Z.) Die
„Politische Korrespondenz“ meldet aus Konstan-
tinopel, die bulgarische Regierung werde der
Porte eine Note übergeben mit der nachdrück-
lichen Forderung, die bulgarischen Emigranten
auf türkischem Staatsgebiete einer strengeren
Ueberwachung zu unterwerfen. Darüber hin-
ausgehende Meldungen seien jedoch unbegrün-
det. Die Vertreter der Dreimächte in Kon-
stantinopel seien bisher nicht beauftragt worden,
die Aufmerksamkeit der Porte auf den gleichen
Gegenstand zu lenken, ebensowenig sei über hier-
auf bezügliche Verhandlungen der Mächte etwas
bekannt.

Niederlande.

Amsterdam, 1. April. (W. T. Z.) Die
erste Kammer hat das Schlussprotokoll der Anti-
Sklaverei-Akte heute genehmigt.

Frankreich.

Paris, 29. März. Die Pariser Geislich-
keit hat auf die Verhandlung politisch-sozialer
Fragen verzichtet, und Lokals Anordnung, die
Kirchen zu schließen, so sagt man, hat ihren Zweck
erfüllt. Sie hat aber zweifellos noch einen an-
deren Erfolg gehabt, nämlich die Feinde der Kirche
mittelbar zu Anordnungen aufzureizen, um jene
Schließung zu erzielen. Für sie aber hat Kon-
stantinopel keine Drohung gehabt, woraus folgt, daß in der
Republik der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit
mit ungleichen Maße gemeinen wird und die
Freiheit nicht für alle besteht. Magnard macht
im „Figaro“ nicht mit Unrecht darauf aufmerk-
sam, daß Niemand die Sozialisten hindere, in
ihren Versammlungen die Priester schlecht zu
machen; sei es da nicht natürlich, daß diese sich
in ihren Reden vertheidigen?

Als die Jüden durch den Telegraphen bereits
gemeldet Verhaftung des sich mit Händen und
Füßen wehrenden Ravaol bekannt wurde, —
Ausweisung fremder Anarchisten hat daneben
weniger Eindruck gemacht, — war es, als wenn
von der Brust der Pariser ein Alp genommen
würde. Man war nahe daran gewesen, den un-
findbaren Ravaol, welcher nun schon eine ganze
Weile der selbst im Feuilleton besungene Held
des Tages war, für eine Erfindung des geistigen
Polizeipräsidenten Boze zu halten. Die Stellung
des letzteren schien geradezu gefährlich; heute ist
nun er der Held des Tages, und nicht ohne ein
gewisses Selbstbewußtsein mag er denken: Wer
zuletzt lacht, lacht am besten. Hoffen wir, daß
Ravaol nun auch wirklich der Urheber sämtlicher
Dynamitanschläge ist. Wahrscheinlich ist
das freilich nicht, und jedenfalls ist die Möglich-
keit nicht ausgeschlossen, daß die berüchtigten Pa-
riser von Neuem in recht unlesbarer Weise aus
ihrem Schlummer aufgeschreckt werden. Daß der

„Figaro“ heute in Wort und Bild die Hölle-
maschine liefert, die ihm von einem Anarchisten
zur Verfügung überlassen wurde und sogar in
seinem Depeschenaal ausgestellt hat, sowie die
sich auf 20 Franks belaufende Kostenrechnung der-
selben aufstellt, erscheint mir doch recht bedenklich.
Vor einigen Tagen erwähnte ich eines Interwiews,
welches ein gelegentlicher Mitarbeiter des „Gau-
lois“ mit Ravaol gehabt haben wollte. Nie-
mand nahm es für ernst. Es scheint sich aber
herauszustellen, daß es damit dennoch seine Rich-
tigkeit hatte. Viele Leute fragen sich, ob „Figaro“
„Gaulois“ und andere Blätter da nicht
eine Art von Pöhlerrolle gespielt haben, die straf-
bar ist.

Paris, 31. März. Die gestern Nachmittag
mit Villigischnelle in Paris verbreitete Nachricht
von der Verhaftung des geistigen Anarchisten
Ravaol wurde zuerst allgemein ungläubig auf-
genommen, bis der um 5 Uhr erscheinende
„Temps“ die offizielle Bekätigung des Ereig-
nisses brachte, welches die Pariser Bevölkerung
von einem wirklichen „cauchemar“ befreit hat.
Die Journale hatten über den mythischen
Urheber der letzten Dynamit-Attentate so furch-
terliche Einzelheiten veröffentlicht und demselben
so zahlreiche und schreckliche Verbrechen zuge-
schrieben, daß der Mensch förmlich legendenhaft
geworden war und das um so mehr, als er sich
trotz seiner schon langen Verbrechenslaufbahn stets
den Verfolgungen der Polizei entzogen hatte und
geradezu „unrechenbar“ schien. Vielfach wurde
sogar geäußert, daß Ravaol gar nicht existire
und diese Persönlichkeit von der Polizei erfunden
sei, um das Publikum zu täuschen. Seit gestern
ist nun der Verbrecher hinter Schloß und Riegel,
und die Pariser können sich wieder beruhigen, da
es ganz zweifellos ist, daß Ravaol sowohl das
Attentat des Boulevard St. Germain wie das
der Rue Cligny bezogen hat. Bezüglich des
letzteren ist bereits durch die Aussagen der Be-
wohner des Hauses in St. Mandé, wo sich Ra-
vaol seit seiner Flucht aus St. Denis installirt
hatte, festgestellt, daß er am Sonntag Morgen
um 6^{1/2} Uhr das Haus verlassen hat; einen er-
schütterlichen schweren Handkoffer tragend, und Nach-
mittags ohne den Koffer zurückgekehrt ist. Die
Verhaftung des Verbrechers durch den Polizei-
Kommissar Drosch (ein Elssässer) in einer kleinen
Speisewirtschaft des Boulevard Magenta, deren
dramatische Beschreibung die Spalten aller
Morgenblätter füllt, macht diesem Beamten, der
dabei große Kaltblütigkeit und muthige Energie
bewiesen hat, alle Ehre. Es muß auch anerkannt
werden, daß die Pariser Polizei eine lobenswerthe
Tätigkeit entwickelt und eine nicht gewöhn-
liche Geschicklichkeit bekundet hat, indem es
ihm nach ganz kurzer Zeit gelungen war, nicht
allein die meisten bei den letzten Attentaten
mehr oder minder betheiligten Anarchisten ding-
fest zu machen, sondern auch die Persönlichkeit
des Hauptbeteiligten in einer Weise festzustellen,
daß die Verhaftung desselben früher oder später
unbedingt erfolgen mußte. Dagegen muß aber
zu Ungunsten der Pariser Polizei hervorgehoben
werden, daß Ravaol, dessen genaues Signale-
ment bekannt war, sich länger als acht Tage in
Paris frei bewegen konnte, ohne abgefaßt zu
werden, und daß schließlich seine Verhaftung nur
dem Zufalle zu verdanken ist, daß der Keller
einer kleinen Speisewirtschaft so intelligent war,
in dem Gaste, den er bediente, das Modell des
Signalements zu erkennen, welches er in den
Journalen gelesen hatte, und sodann seinen An-
stand nahm, durch vorsichtige Denachrichtigung
der Polizei die Festnahme des Verbrechers zu er-
möglichen. Dieser Keller ist natürlich der „Held
des Tages“, ein Morgenblatt veröffentlicht bereits
sein Porträt, und gestern Abend war die kleine
Wirtschaft, welche gewöhnlich nur von Arbeitern
besucht wird, von eleganten Herren und Damen
überfüllt, welche von allen Seiten gekommen
waren, um den „Bekehrten“ zu beglückwünschen
und sich von demselben bedienen zu lassen. Um
9 Uhr hatte Jules Herot, so heißt der intelligente
Burche, 900 Franken Trübsal aus seinen
Gästen erhalten, darunter ein 500 Franken-Billet,
welches ein bekannter Paris bewohnender Ameri-
kaner gespendet hatte. Herot ist der Sohn eines
kleinen Bäckers im Departement Nièvre, 24 Jahre
alt, hat 3 Jahre im 4. Zuvener-Regiment in
Tunis gedient, war seit seiner Entlassung vom
Militär im September 1891 in der Nähe von
Paris als Hülfsgärtner in Dienst und erst seit
dem 6. März bei seinem Schwager, dem Besitzer
der Speisewirtschaft, als Aufwärter beschäftigt.
Der Letztere, welcher ebenfalls in sehr verstan-
diger Weise bei der Verhaftung Ravaol's mit-
gewirkt hatte, wird mit Herot die Prämie von
100 Franken theilen, welche der Polizei-Präsident
für die Verhaftung des Verbrechers ausgesetzt
hatte. Der Polizei-Kommissar Drosch, der schon
mehrfach im Dienst sein Leben auf das Spiel
gesetzt hat, soll zum Ritter der Ehrenlegion er-
nannt werden.

Paris, 1. April. (W. T. Z.) Die Kom-
mission der Deputirtenkammer zur Verfassung
der Vorlage über den Aufenthalt der Fremden in
Frankreich nahm heute den Bericht Turrel's ent-
gegen. In demselben wird vorgeschlagen, die
Ausländer zu verpflichten, sich in ein Spezial-
register der Mairie ihres Wohnortes einschreiben
zu lassen. Ferner sollen diejenigen, welche Aus-
länder beschäftigen, angehalten werden, sich dar-
über zu vergewissern, daß letztere diese Formalität
erfüllen. Außerdem sollen die Ausländer dieselben
Kassen oder Steuern zu tragen haben, wie die
französischen Unterthanen; jeder Verlust gegen
dieses Gesetz sowie die Abgabe falscher Erklärun-
gen wird mit einer Geldstrafe belegt. Der Be-
richt spricht sich gegen die Einführung einer
Militärsteuer für die Ausländer sowie gegen eine
Aufenthaltssteuer aus, da solche den bestehenden
Verträgen widersprächen.

Der Justizminister wird dem Vernehmen
nach der Kammer den vom Senat bereits früher
votirten Gesetzentwurf vorlegen, durch welchen
die Bedingungen geregelt werden, unter denen
vom Auslande verlangte Auslieferungen erfolgen
sollen.

Paris, 1. April. (W. T. Z.) Die Kom-
mission der Kammer zur Vorberatung der Vor-
lage, betreffend den Aufenthalt von Ausländern
in Frankreich, stimmte dem Bericht ihres Re-
ferenten Turrel zu. Die Vorlage soll sich haupt-
sächlich gegen die in Frankreich sich aufhaltenden
Arbeiter fremder Nationalität richten.

Paris, 1. April. (W. T. Z.) Die Kom-
mission der Kammer zur Vorberatung der Vor-
lage, betreffend den Aufenthalt von Ausländern
in Frankreich, stimmte dem Bericht ihres Re-
ferenten Turrel zu. Die Vorlage soll sich haupt-
sächlich gegen die in Frankreich sich aufhaltenden
Arbeiter fremder Nationalität richten.

Paris, 1. April. (W. T. Z.) Die Kom-
mission der Kammer zur Vorberatung der Vor-
lage, betreffend den Aufenthalt von Ausländern
in Frankreich, stimmte dem Bericht ihres Re-
ferenten Turrel zu. Die Vorlage soll sich haupt-
sächlich gegen die in Frankreich sich aufhaltenden
Arbeiter fremder Nationalität richten.

Paris, 1. April. (W. T. Z.) Die Kom-
mission der Kammer zur Vorberatung der Vor-
lage, betreffend den Aufenthalt von Ausländern
in Frankreich, stimmte dem Bericht ihres Re-
ferenten Turrel zu. Die Vorlage soll sich haupt-
sächlich gegen die in Frankreich sich aufhaltenden
Arbeiter fremder Nationalität richten.

Italien.

Rom, 1. April. (W. T. Z.) Depu-
tirtenkammer. Der Schatzminister hat heute die
Vorlage eingebracht betreffend die Reorganisation
der Emissionsbanken. Die Vorlage wird in drei
Lesungen beraten werden.

Rom, 1. April. (W. T. Z.) Depu-
tirtenkammer. In Beantwortung bezüglich der
afrikanischen Verhältnisse gestellter Interpellationen
erklärte der Ministerpräsident di Rudini, daß die
afrikanische Aktion des früheren Kabinetts keine
widerprüchliche, sondern eine vollständig logische
gewesen sei, das Kabinet habe thatsächlich den
Einfluß Italiens in den Küstengebieten von der
Zusammenführung bis Kap Garadufi Geltung ver-
schafft. Er für seine Person glaube, daß die
italienische Regierung sich fernerhin neue Ver-
sicherungen in Afrika nicht sichern solle. Die Re-
gierung könne ohne vorausgegangene Genehmi-
gung des Parlaments keine neuen finanziellen
Verbindlichkeiten auf sich nehmen. Ob eine Ver-
einerung der Häfen und Stationen, welche dem
Sultan von Sanibar unterthan sind, stattfinden
werde, könne er noch nicht sagen, dies werde von
den Entschlüssen des Parlaments abhängen; es
sei übrigens zweifelhaft, ob der Sultan die er-
wähnten Stationen anderen abtreten könne, da
die Besitzungen an der Küste bis Kap Garadufi
Italien protokollmäßig gebührend sind und der
Sultan unter britischem Protektorate stehe.
Zur Aufrechterhaltung des legitimen Einflusses
Italiens habe er ein Kriegsschiff nach Sanibar
geschickt.

Rom, 1. April. (W. T. Z.) Depu-
tirtenkammer. Im Verlaufe der Weiterberatung
erklärte der Ministerpräsident di Rudini, er habe
die Uebersetzung, daß es schlecht wäre, aus
Afrika zurückzuziehen, es sei aber überhaupt
nicht gut gewesen, in der erbtürkischen Kolonie
weiter vorzudringen, wofür für Italien keine
Zukunft zu suchen sei. Seitdem das gegenwärtige
Kabinet die Regierung übernommen habe, habe
sich die Lage Italiens in Europa und Afrika nicht
verschlechtert. Die Vertragsverhandlungen mit
dem Könige Menelik betreffs Auslegung des
Vertrages von Ucciali seien wieder aufgenommen;
die jüngsten beabsichtigten Vorgänge seien als
Ausfluß des Religions- und Rassenhasse unver-
meidlich gewesen. Die Haltung der Mächte
gegenüber dem Verträge von Ucciali sei immer
gleich geblieben. Hierauf überreichte Antonelli
eine Tagesordnung, zu der dieselbe jedoch auf Er-
suchen Rudini's zurück, mit dem Vorbehalt,
dieselbe bei der Beratung des Budgets des
Auswärtigen aufs neue zu überreichen.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. April. (W. T. Z.) Da
bis zum Anfang des neuen Finanzjahres ein Ein-
verständnis der beiden Kammern des Reichstages
über das Budget nicht erzielt wurde, ist durch
königliche Verordnung heute ein provisorisches
Budget für 1892—93 in Kraft getreten.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 1. April. (W. T. Z.) Das
Storting ertheilte heute der Regierungsvorlage
über die Aufnahme einer Staatsanleihe von 20
Millionen Kronen die Zustimmung.

Großbritannien und Irland.

London, 29. März. Der Massenaufruf
der Durga-Grubenarbeiter hat nun zwei Wo-
chen gedauert und noch ist keine Aussicht auf ein
baldiges Ende vorhanden. Die Grubenbesitzer be-
halten auf der Kürzung der Löhne um 7^{1/2} Pro-
zent — nicht 10—20 Prozent, wie Reuter
fälschlich berichtet hat. Diese Kürzung ist
übrigens keineswegs willkürlich beschlossen wor-
den, sondern wurde dem mit den Arbeitern ver-
eintarten Staffelsystem (sliding scale) gemäß,
in Folge der niedrigen Kohlenpreise, anberaumt.
Die Arbeiter haben also keinen berechtigten
Grund zur Klage. Erst bestanden sie darauf,
die Löhne nach dem Stand des Geschäftes be-
messen zu haben und nun streiten sie, weil sich
ausgedehntlich dieses Abkommen für sie ungünstig
erweisen hat, d. h. sie verlangen Lohnerhöhung
im Verhältnis wie die Kohlenpreise steigen, gehen
letztere aber herunter, dann wird Lärm gemacht
und gestreikt. Die Gruben haben bereits schwer
gelitten, in einigen steht das Wasser so hoch, daß
Wochen vergehen müßten ehe die Schächte wieder
zur Arbeit hergerichtet werden könnten, andere
sind mit Schutt gefüllt, weil die Arbeiter es
gewaltsam verbündert haben, Luftreinigungs-
Apparate im Gang zu halten. Selbst wenn da-
her der Ausstand sofort eingestellt würde, so
kann bei weitem nicht die volle Zahl der Ar-
beiter wieder Anstellung finden, etwa 20 bis
30,000 werden vielmehr anderweitig Arbeit
suchen müssen. Die Arbeiter bitten durchschnittlich
gegen 200,000 Ltr. die Woche für die Dauer
des Ausstandes an Lohn ein und fangen jetzt an,
den Verlust zu verspüren, denn von ihrem Ko-
meten erhalten sie nur 6 Schilling die Woche.
Ungeachtet dessen scheinen sie aber entschlossen zu
sein, auszuharren, und stimmen gestern mit
überwiegender Mehrheit für Fortsetzung des
Streiks. Mittlerweile giebt das Benehmen der
Arbeiter der Polizei und in einigen Fällen auch
den Militärbehörden viel zu schaffen. Nicht etwa,
daß es sich dabei um einen organisierten Friedens-
bruch handelt, es ist einfach Feiertags-Unfl, der
aber den Gewohnheiten der Leute gemäß mitunter
bis ins Ungemächliche ausartet. Ein paar Hän-
der zu demoliren und den Insassen die Schädel
mit zu schlagen, das sind eben Vergewaltigungen,
die der Durga-miner sich in aller Unschuld
leisten zu dürfen glaubt, wenn er ausgelassen ist.
Daß ihm dies mitunter verdracht wird, namentlich
von denen, die sich bündelnd verlegt fühlen, ist
von seinem Standpunkte unbedenklich.

Die Ankunft von zwei Dampfern mit wes-
tlicher Kohle für die South-Metropolitan-Gas-
Gesellschaft hat einiges Aufsehen erregt und
würde wohl zu unerquicklichen Austritten geführt
haben, wenn die Ladungen in den Docks gelöscht
worden wären. Vorsichtshalber legten die
Dampfer, einer von Amsterdam, der andere von
Rotterdam, an der Werft der Gaswerke in East-
Greenwich an und löschten dort direkt je etwa
1000 Tons. Die Gasarbeiter-Union hat sich
übrigens dahin geäußert, daß es dieser Union
gleichgültig sei, woher die Kohlen kämen, das
Prinzip der Trade Union wäre durch Einführung
der deutschen Kohlen nicht verletzt worden. Der
Direktor der Gaswerke lobt die westliche Kohle
sehr und erklärt, sie eigene sich vortrefflich zur
Gasbereitung.

London, 31. März. Der britische Ost-
afrika-Gesellschaft ist gestern das nachstehende
Telegramm über die jüngsten Kämpfe in Witu
zugegangen:

Sanibar, 29. März.

„Kapitän Rogers und die Truppen der Ge-
sellschaft griffen am 18. d. M. feindliche Witu-
neger an. Der Kampf dauerte mehrere Stun-
den. Die Stärke der Gegner ist noch nicht be-
kannt, doch sagt ein Flüchtling, daß 23 getödtet
und 14 verwundet wurden und außerdem viele
vermißt werden. Der Verlust der Gesellschaft
betrug 3 Tödtet und 10 Verwundete, darunter
Mr. Bird Thompson. Das Befinden der Ver-
wundeten ist gut. Rogers war nicht im Stande,
die feindliche Hauptverschanzung und andere
Schutzwerke ohne große Opfer an Menschen-
leben zu erstürmen. Er zog sich deshalb gegen
Abend langsam und unbefähigt zurück. In
sämmlichen Brunnen ist das Wasser vergiftet
worden, doch empfing Rogers zum Glück eine
rechtzeitige Warnung. Kapitän Rogers erklärt,
daß er mit leichten Feldgeschützen un schwer die
Schutzwerke erobert und einen vollständigen Sieg
errungen haben würde.“

Die „Morning Post“ giebt einen kurzen
Uebersicht über die Ursachen, welche zu der jetzigen
Lage in Witu geführt:

„Nach der Strafexpedition, welche die bri-
tische Regierung im Oktober 1890 wegen der
Er mordung gewisser deutscher Unterthanen nach
Witu entsandt hatte, wurde der Häuptling des
Landes, Fumo Batori, abgesetzt. Er starb bald
darauf, und die Verwaltung des Gebietes ging
an die britische Ost-Afrika-Gesellschaft über,
welche sich bereit erklärte, der Familie des ver-
storbenen Sultans eine Jahrespension von 4200
Kupien zu zahlen. Einer seiner Söhne, Fumo
Dmari, verbündete sich jedoch mit einem Häupt-
ling vom Waboori-Stamme Namens Artula und
schlug seine Wohnung in dem einige Meilen
nördlich von Witu gelegenen Dorf Jongeni auf.
Der Gesellschaft war es darum zu thun,
daß die Bevölkerung wiederum ihre Beschäf-
tigung aufnehme, und sie verpackt des-
halb eine allgemeine Amnestie. Hiermit waren
die Bewohner von Jongeni jedoch nicht zufrieden
und verhielten sich nicht allein einen beträchtlichen
Theil des Volkes, sich die Amnestie zu Nutze zu
machen, sondern stellten sogar noch die Witi-
Sultans, die Witwe des verstorbenen Häupt-
lings, und ihr Gefolge als Gefangene zurück, ob-
wohl diese den Wunsch begien, nach Witu zurück-
zukehren. Die Gesellschaft beobachtete gegen die
aufretherrischen Häuptlinge eine größere Milde
als am Platz war. Sie ließ Artula und Fumo
Dmari 1 Jahr lang im Besitz einer Verschan-
zung, obgleich sie ein wohlgepflegtes, nicht
unbedeutendes indisches Feldgeländebat unter dem
Befehl europäischer Offiziere und ein Maxim-
geschütz besaß. Ihre Nachsicht führte zu dem
Resultat, daß die Bewohner des Schutzgebietes
sich davon fürchteten, die Bestellung des Bodens
aufzunehmen oder nach ihren Wohnungen zurück-
zukehren. Außerdem hatte auch die öffentliche
Sicherheit während dieser Periode gelitten.
Zahlreiche Flüchtlinge setzten sich in den Wä-
dern fest und trübten dort ihr Unwesen. Die
Schrecken Herrschaft, unter deren Druck fast alle
Ortschaften in Witaland standen, führte schließ-
lich zur Krisis. Die Gesellschaft ermannte sich
und ergriff Maßnahmen, um die Rebellen von aller
Anfuhr von Rahu und anderen Dörfern abzuwei-
sen. Weiter ist es zu zwei Zusammenstößen
zwischen ihren Truppen und den Aufständischen
gekommen, in welchen die letzteren bedeutende
Verluste erlitten. Offenbar ist die Gesellschaft
jetzt fest entschlossen, mit rücksichtsloser Strenge
vorzugehen. Die in Witu stehende indische Po-
lizei ist 150 Mann stark und steht unter dem
Kommando von Kapitän A. S. Rogers, bei
welchem sich außerdem noch Mr. Palmer, Mr.
Bird Thompson und der Bezirksarzt, Dr. Rae,
befinden.“

Ein Reuter'sches Telegramm aus Sanibar
vom 30. März stellt den Kampf vom 18. sogar
als einen großen Sieg dar. In Wahrheit han-
delt es sich nur um einen abgeschlagenen Angriff
der Engländer, der nicht als Erfolg aufzufaßt
werden kann.

Die Wehringstreitfrage zwischen den
Amerikanern und Engländern oder genauer be-
zeichnet, den kanadischen Interessenten am Robben-
schmelzen in jenen Gewässern, dürfte, trotz des
stellenweise recht lebhaften Erörterungsstromes, in
dem sich die Politiker zu beiden Seiten des
Atlantik gefielen, keinerlei Konsequenzen bedroh-
licher Art nach sich ziehen. In Washington dreht
sich alles Interesse und alle öffentliche wie pri-
vate politische Tätigkeit einzig um den bevor-
stehenden Präsidentenwahlkampf, und dies ist
der britischen Regierung zu wohl bekannt, als
daß sie nicht den Umständen Rechnung tragen
und das leidenschaftliche Gebahren der transatlan-
tischen Staatsmänner ernsthafter nehmen sollte,
als es im Hinblick auf beregten Wahlweg der
Milde werth ist.

London, 1. April. (W. T. Z.) Unter-
haus. Der erste Lord des Schages, Balfour,
erklärte, die Zukünfte der russischen Judenau-
siedlung während eine Vorlage, nach welcher die
Einwanderung derselben nach England verboten
würde, nicht rechtfertigen. Die Regierung er-
kenne wohl den Ernst der Frage und behalte
dieselbe sorgfältig im Auge, eine Einwanderung
jedoch, wie sie im vorigen Jahre stattgefunden
und auch jetzt beabsichtigt worden, wäre nicht ein-
geordnet; eine solche wäre ein unerträglicher Miß-
brauch des jetzigen Einwanderungssystems. Balfour
erklärte ferner, Lord Salisbury halte an dem am
19. Juni v. J. gegebenen Erklärung fest, daß
die Regierung gern jede Gelegenheit ergreifen
würde, sich von den Verpflichtungen der Handels-
verträge mit Belgien und Deutschland frei zu
machen, die den interbritannischen Handel mit den
Kolonen verbündeten; allein bis jetzt habe sich
keine Gelegenheit dazu geboten.

Rußland.

Petersburg, 1. April. (W. T. Z.) Der
Zustand des Ministers von Giers hat sich weiter
gebeßert; die Nase ist verschwunden.

Serbien.

Belgrad, 1. April. (W. T. Z.) In der
heutigen Sitzung der Skupstina wurde ein Ge-
setzentwurf verlesen, welcher die Regierung zur
Verlängerung des gegenwärtig zwischen Oester-
reich-Ungarn und Serbien bestehenden Handels-
vertrages bis zum 30. Juni 1893 n. St. ent-
schließt.

